

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmönl. ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite, Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reflektzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Rückung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 287

Bad Schandau, Freitag, den 9. Dezember 1927

71. Jahrgang

Ausprache Stresemann—Chamberlain Deutsche Fragen in Genf.

Die Danziger Angelegenheiten. Der Donnerstag brachte in Genf keine besonderen Ereignisse, da der Völkerbundrat gezwungen war, in den öffentlichen Verhandlungen eine Pause eintreten zu lassen. Es hatte sich nämlich so reichliches Material angehäuft, daß dieses zunächst im einzelnen bearbeitet werden muß, um verhandlungsfähig zu werden.

Dr. Stresemann hat Donnerstag dem englischen Außenminister Chamberlain im Hotel Beau Rivage einen Besuch abgestattet. Dies ist das erste persönliche Zusammentreffen zwischen Dr. Stresemann und Chamberlain, die sich bisher nur in den offiziellen Sitzungen des Rates sowie bei der Fünfmächtebesprechung getroffen hatten. Die Zusammenkunft gab den beiden Staatsmännern den Vernehmen nach die Möglichkeit zu einer gründlichen Aussprache über die Ereignisse der letzten Zeit und über die bisherigen Ergebnisse der Ratstagung. Alle wichtigen Fragen dürften im Verlaufe der Unterredung zur Sprache gekommen sein, woraus sich wahrscheinlich ohne weiteres eine Erörterung des Verhältnisses der beiden Mächte sowie des übrigen Europas zu Sowjetrußland ergab.

Genf, 8. Dezember. Ueber die heutige Unterredung zwischen Stresemann und Chamberlain verläutet von gut informierter Seite, daß hierbei eine Reihe von bedeutungsvollen Fragen berührt worden seien, die über die gegenwärtig im Rahmen des Völkerbundesrates behandelten Fragen weit hinausgingen. Es seien u. a. auch die Auswirkungen des Locarno-Paktes sowie insbesondere die Gestaltung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen England, Frankreich und Deutschland eingehend erörtert worden. Sowohl von der englischen als auch von der deutschen Delegation wird es gegenwärtig abgesehen, irgendwelche Erklärungen über den Verlauf der Unterredung abzugeben.

Oberschlesien und Danzig.

Staatssekretär von Schubert und Staatssekretär Weismann haben dem polnischen Außenminister Jaleski einen Besuch abgestattet. Bei dieser letzteren Zusammenkunft hat man über die oberschlesische Schulfrage verhandelt. Überhaupt rücken die unmittelbar deutschen Angelegenheiten jetzt mehr in den Vordergrund. So war der schlesische Schulkonflikt bereits auf das Programm der nächsten öffentlichen Sitzung gesetzt. Ferner sollten die beiden Danziger Fragen über die Souveränität Danzigs auf der Westplatte und den Anleghafen zur Überwinterung polnischer Kriegsschiffe behandelt werden. In der Frage der Westplatte sind trotz des Danziger günstigen Berichts der juristischen Sachverständigen Schwierigkeiten entstanden, wegen deren die Einholung eines Gutachtens beim Internationalen Ständigen Gerichtshof im Haag notwendig werden wird.

Ein Oberschlesien-Appell Dr. Stresemanns an den Völkerbund.

Genf, 8. Dezember. In der heutigen öffentlichen Nachmittagsitzung des Völkerbundesrates erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu der oberschlesischen Schulfrage, die Reichsregierung beabsichtige, an den internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu appellieren, um eine endgültige Interpretation der Bestimmungen der Genfer Minderheitenkonvention herbeizuführen, die die Grundlage der Entscheidung des Völkerbundesrates vom März d. J. über den Besuch der Minderheitenschule in Oberschlesien bilden. Er beantragte, der Rat möge beschließen, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes sodann als endgültige Regelung über die von der polnischen Regierung geforderte Prüfung der Schulkinder des Schuljahres 1927/28 für den Besuch der Minderheitenschulen anzuerkennen. Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß sodann der Rat einstimmig, von der Erklärung Dr. Stresemanns Kenntnis zu nehmen und die endgültige Entscheidung über den Schulbesuch der Kinder des Schuljahres 1927/28 von der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes abhängig zu machen. In der Debatte wies Dr. Stresemann ausdrücklich darauf hin, daß der Märzbeschluss des Rates eine Einzelregelung für einen außergewöhnlichen Fall bedeute, der in keiner Weise die in der Genfer Minderheitenkonvention festgelegten Grundsätze berühre.

Erneute Verschleppung einer Danziger Frage in Genf.

Genf, 8. Dezember. Der Völkerbundrat behandelte heute in seiner öffentlichen Nachmittagsitzung die Frage des polnischen Anleghafens in Danzig. Auf Antrag des Berichterstatters, des holländischen Delegierten Willegas, wurde beschlossen, Polen und Danzig noch einmal zu unmittelbaren Verhandlungen unter dem Vorsitz des Völkerbundkommissars und unter Mitwirkung des

Präsidenten des Hafenausschusses aufzufordern, um dann zu einem endgültigen Abkommen über die Regelung des polnischen Anleghafens in Danzig zu gelangen. Sollten die beiden Parteien bis vier Wochen vor Eröffnung der nächsten Ratstagung zu keiner Vereinbarung gelangen, so soll der Vorsitzende des Marine-Unterausschusses des Völkerbundes zwei Sachverständige bezeichnen, die sich nach Danzig begeben, um dann dem Rat Vorschläge für eine Regelung unterbreiten zu können.

Auch die Westplattenfrage vertagt.

Genf, 8. Dezember. Der Völkerbundrat behandelte in seiner heutigen Nachmittagsitzung die Frage der polnischen Exterritorialität auf der Westplatte. Dem Rat lag ein Rechtsgutachten der beiden Juristen Cecil Hurst und Piloti vor, in dem die Souveränität Danzigs auf der Westplatte anerkannt und die Zulassung der Danziger Kontrollbehörden auf der Westplatte gefordert wird. Der polnische Delegierte für diese Frage im Völkerbundsrat, der Danziger Kommissar Straßburger, beantragte dagegen Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes und lehnte das Gutachten der Juristen als im Widerspruch mit den polnischen Wünschen stehend ab. Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Senatspräsident Sahn erklärten beide, das Rechtsgutachten uneingeschränkt anzunehmen. Dr. Stresemann teilte jedoch mit, daß er gegen den von Polen beantragten Appell an das Haager Schiedsgericht keinen Widerspruch erheben werde. Auf den nachdrücklichen Hinweis des englischen Außenministers Chamberlain, der Völkerbundrat habe auf der Septembertagung bereits beschlossen, das damals eingeforderte Rechtsgutachten der Juristen als Basis für seine Entscheidung zu nehmen, stellte der polnische Delegierte einen neuen Antrag. Er erklärte sich bereit, mit Danzig unter Hinzuziehung von Sachverständigen in neue Verhandlungen unter dem Vorsitz des Völkerbundkommissars einzutreten, um zu einer praktischen Regelung der Westplattenfrage zu gelangen. Hierauf schlug Briand vor, eine Kommission einzusetzen, die auf der Grundlage des Rechtsgutachtens der Juristen Vorschläge ausarbeiten soll, die dann als Basis für die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen dienen sollen. Der Rat beschloß sodann, den Berichterstatter Willegas zu beauftragen, unter Heranziehung der beiden Parteien und des Völkerbundkommissars, sowie einiger Sachverständiger sofort einen Entschließungsentwurf auszuarbeiten, der dem Rat auf einer der nächsten Sitzungen der gegenwärtigen Session vorgelegt werden soll und der die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zur endgültigen Regelung der Westplattenfrage vorsieht. Die dem Vorschlag soll das Rechtsgutachten als Basis dienen.

Litauisch-polnische Einigung?

Genf, 8. Dezember. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung des Rates fand eine nichtöffentliche Sitzung statt, die diesmal einen außergewöhnlich geheimen Charakter trug. An der Sitzung, die beim Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond stattfand, nahmen lediglich die 14 Ratsmitglieder und der Generalsekretär teil unter Ausschluß sämtlicher übrigen Delegierten, jedoch wurde der litauische Ministerpräsident Wolde-maras zu der Sitzung hinzugezogen. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird lediglich mitgeteilt, es sei über den Fortgang der Verhandlungen zur Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes beraten worden. Der polnische Außenminister und der litauische Ministerpräsident hätten Erklärungen abgegeben, die für den Fortgang der Verhandlungen als zufriedenstellend anzusehen sind. Die weiteren Verhandlungen würden jetzt von dem Eintreffen des Marshalls Pilsudski abhängen. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Verhandlungen des Rates am Sonnabend zu Ende gingen.

Vor einer ausführlichen Unterredung Dr. Stresemann—Pilsudski?

Genf, 8. Dezember. In sämtlichen Delegationenkreisen sieht man dem morgen erfolgenden Eintreffen des Marshalls Pilsudski mit großer Spannung und Interesse entgegen. Es steht noch nicht fest, ob Pilsudski Polen im Völkerbundsrat vertritt und an den Ratsversammlungen teilnehmen wird, jedoch ist damit zu rechnen, daß Pilsudski eine persönliche Fühlungnahme mit den Hauptdelegierten aufnehmen und voraussichtlich auch mit Dr. Stresemann zusammentreffen wird. Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß hierbei der gesamte Fragenkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen und insbesondere auch die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eingehend erörtert werden.

Baron Goto

erstreckt eine russisch-japanisch-deutsche Annäherung. Tokio. Baron Goto teilte, wie aus Charbin gemeldet wird, gelegentlich seiner Durchreise der Presse mit, daß er sich in privater Gemeinschaft nach Rußland begeben. Seine Absicht sei, eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Rußland und Japan herbeizuführen. Es sei möglich, daß er auch Deutschland besuchen werde. In Moskau beabsichtigt Baron Goto, sich etwa drei Wochen aufzuhalten.

Für eilige Leser.

* Der vom Reichsarbeitsminister ernannte Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Zöflein, hat die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkampfes in der Eisenindustrie auf Sonnabendvormittag anberaumt.

* Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird auf Einladung der Stadt Königsberg am 16. d. M. Königsberg besuchen. Die Stadt wird zu Ehren Dr. Stresemanns einen Empfangsabend geben.

* Aus Tremona und Bologna werden heftige Wolkenbrüche gemeldet, die nicht unerheblichen Materialschaden und Verkehrsstörungen hervorgerufen haben. Ähnliche Meldungen kommen aus Südtirol und Sizilien. Bei Messina ist infolge der Regengüsse ein Erdbeben eingetreten, bei dem auch mehrere Personen ums Leben gekommen sind.

* Wie aus Mexiko gemeldet wird, gehen dort Gerüchte um, die davon wissen wollen, daß Präsident Calles den zur panamerikanischen Konferenz kommenden Präsidenten Coolidge einladen will, mit ihm in Veracruz oder Tampico zusammenzutreffen.

Die Vereinigten Staaten in Lateinamerika.

Von Dr. Fred Fuller—Chicago.

Der Krieg, der fast alle Beteiligten zum Vorteil der internationalen Hochfinanz und der Vereinigten Staaten verarmen ließ, hat auch auf die Handelsentwicklung in Lateinamerika wesentlichen Einfluß ausgeübt. Dieses Staatsgebiet, das vorher in wirtschaftlicher Beziehung sehr von Europa abhing, ist in erstaunlich kurzer Zeit dem Handel Nordamerikas erschlossen worden. Die Mittelsmänner der Wallstreet haben von Norden kommend erst Mittelamerika und dann den nördlichen Teil Südamerikas mit einem dichten Netz wirtschaftlicher Unternehmungen überzogen, und Ausfuhr wie Einfuhr der Gebiete zwischen den Wendekreisen dem nordamerikanischen Kapital dienstbar gemacht.

Mexiko hat die Gefahr zuerst erkannt und seine feindselige Haltung gegenüber Washington ist fast ausschließlich auf die Furcht vor der völligen Abhängigkeit von Wallstreet zurückzuführen. Die anderen mittelamerikanischen Staaten sind von der nordamerikanischen Wirtschaft erobert worden, doch spielt hier Deutschland noch eine Rolle als Lieferant. Ueberhaupt würden alle Mittelamerikaner mit Freunden sich von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich unabhängig machen, wenn ihnen nur Europa einen genügenden Ersatz als Warenaustauschgebiet und als Unternehmer bieten könnte.

Anders liegen die Verhältnisse in Peru. Hier hat der Staatspräsident Leguia erklärt, daß die Entwicklung des Landes nur mit Hilfe nordamerikanischen Kapitals und der damit verbundenen nordamerikanischen Technik möglich sei. So stehen auch hier die Vereinigten Staaten in Einfuhr und Ausfuhr an erster Stelle. — Ähnlich verhält es sich mit dem Handel in Bolivien. Auch hier ist Nordamerika der größte Lieferant, und nur als Abnehmer bolivianischer Erzeugnisse muß es den Vorrang an England abtreten.

Brasilien unterliegt ganz dem nordamerikanischen Einfluß, und die Vereinigten Staaten stehen auf dem Gebiete des Warenaustausches bei weitem an führender Stelle. Hier spielt das nationale Moment keine große Rolle. In dem portugiesisch sprechenden Lande ist die Abneigung gegen die allen Spaniern verhassten „Portis“ nur gering. Schon jetzt sind über zwei Fünftel des gesamten Handels Brasiliens mit den Vereinigten Staaten abhängig, und der Warenaustausch mit Europa sinkt immer mehr. Trotzdem ist es hier Deutschland noch gelungen, sich mit einem Achtel der brasilianischen Einfuhr an dritter Stelle zu erhalten. Von Brasilien aus haben die nordamerikanischen Handelsbestrebungen auch in Argentinien Erfolg gehabt. Regierung und Wirtschaftskreise sehen dies aber ungerne, und die kürzlich durchgeführte Wappolstierung der argentinischen Celergewinnung war ein deutlicher Beweis dafür, daß die führenden Männer in den mexikanischen Feldern ein warnendes Beispiel sehen.

Uruguay ist in weitestem Maß von den Vereinigten Staaten abhängig, die den dritten Teil seiner Einfuhr decken. — Das zwischen Argentinien und Brasilien eingefleite Paraguay hat sich dem nordamerikanischen Einfluß lange entziehen können, doch sind die Vereinigten Staaten in kurzer Zeit von der letzten an die zweite Stelle unter den einführenden Ländern getreten.

Kolumbien ist völlig dem Einfluß der Wallstreet verfallen; in seinem Handel spielen die europäischen Länder eine ganz untergeordnete Rolle, und die großen Unternehmungen liegen sämtlich in den Händen von Nordamerikanern, mit Ausnahme der vor nicht langer Zeit von den Finkeiswerken eingerichteten Flugverbindungen. — Ähnlich ist die Lage in Venezuela, wo die vor dem Kriege blühenden deutschen Unternehmungen mühsam um ihre Existenz zu ringen haben.

Im Gegensatz zu allen diesen Ländern Lateinamerikas verpürt Chile noch kaum den Einfluß Nordamerikas. Wohl stehen auch hier die Vereinigten Staaten im Warenaustausch